

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

136 (15.6.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.23 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Kaiserstraße 24. Telefon: Nr. 126. — Postfach: Nr. 614. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, keine Zeile, oder deren Raum 20 Bsp., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 136.

Karlsruhe, Freitag den 15. Juni 1906.

26. Jahrgang.

Sozialdemokratie und der Kanzelparagraph.

Die in letzter und in dieser Woche im Volksfreund diskutierten Fragen: Soll die Sozialdemokratie für Aufhebung der §§ 16b und 16c des badiischen Kirchengesetzes eintreten, behandelte Genosse Dr. Frank am Mittwoch in der zweiten Kammer in einer groß angelegten und die Materie eingehend beleuchtenden Rede wie folgt:

Der Herr Minister hat sich gestern darüber beklagt, daß unsere kostbare Zeit, die zur Erledigung des Budgets verwendet werden sollte, durch Besprechung allgemeiner prinzipieller Fragen in Anspruch genommen wird. Wir sind der Auffassung, daß es auch nicht überflüssig und keine Zeitverschwendung ist, wenn prinzipielle Fragen, wie es seit gestern der Fall ist, wieder einmal hier besprochen werden. Ich glaube, gerade die drei Anträge, die das Haus neben dem Justizbudget diesmal beschließen, sind ganz besonders geeignet, eine prinzipielle Betrachtung der Kulturfragen herbeizuführen, weil sie in einer zufälligen glücklichen Vereinigung der Vergangenheit die Gegenwart und die Zukunft der Kulturfragen zusammenfassen.

Der Antrag des Zentrums, der sich mit der Beilegung von Streitigkeiten aus der Kulturkampfszeit beschäftigt, gibt aber Gelegenheit, das Verhältniß der Kulturkampfgesetze zu besprechen, die Zeit, in der die kämpfenden Mächte, Kirche und Staat, selber in die Arena getreten sind; der Gegenwartsantrag, die Interpellation über die Wahlbeteiligung und den Amtsmißbrauch der Geistlichen gab und gibt Gelegenheit, die jetzt streifenden Parteien, die vorerwähnten Kriegsmächte bei der Arbeit zu beobachten, und endlich der von meiner Fraktion gestellte Antrag eröffnet einen Blick in die Zukunft des Kampfes um die Entwicklung der Kultur unseres Volkes.

Was zunächst den Antrag des Zentrums wegen Aufhebung der §§ 16b und 16c des Kirchengesetzes betrifft, so hat die Vorbesprechung dieses Antrags in der Presse einige ganz interessante Erscheinungen gezeigt. Sie erinnern sich, daß in einem sozialdemokratischen Blatt ein recht interessant geschriebener Diskussionsartikel erschienen ist, der den Text gegeben hat, es solle mit der bisherigen Praxis der Sozialdemokratie in Kirchenfragen gebrochen werden. Dieser Antrag hat zunächst bei einer Anzahl liberaler Blätter eine schreckliche Freude erweckt und beim Beobachter hat er einen freudigen Schreden verursacht. (Heiterkeit.) Der Beobachter hat Gelegenheit genommen, einen großen Artikel mit der Überschrift „Die jungliberale Sozialdemokratie“ zu schreiben. Wir haben dem Zentrum den Gefallen mit getan, unsere alte, bisherige und bewährte Haltung in den Kirchenfragen zu ändern, wir werden für die Aufhebung der §§ 16b und 16c des Kirchengesetzes stimmen, wobei ich allerdings bemerken will, daß die Beweisführung des Adg. Kopf es nicht ist, die uns zu dieser Stellungnahme veranlaßt.

Kennlich hat uns der Hinweis des Herrn Kollegen Kopf darauf, daß es unsere Pflicht und Schuldigkeit sei, gegen Ausnahmegeetze zu stimmen, durchaus nicht gerührt; denn aus dem Munde eines Zentrumsgesandten klingen diese prinzipiellen Beurteilungen von Ausnahmegeetzen etwas deplaciert. Die Sozialdemokratie hat nicht vergessen, daß bei den verheerenden Verlängerungen des großen Ausnahmegesetzes, unter dem sie gestanden, es immer Mitglieder des Zentrums gewesen sind, die für die

notwendige Mehrheit gesorgt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frage, ob überhaupt ein Ausnahmegesetz in den §§ 16b und 16c des Kirchengesetzes vorliegt, will ich offen lassen. Man kann von einem Ausnahmegesetz zweifellos insofern reden, als der badiische Klerus im Vergleich zu dem Klerus im Reich durch diese Bestimmungen des Kirchengesetzes unter Ausnahmebestimmungen steht, und wir glauben, es liegt kaum ein Anlaß vor, — der badiische Klerus wird nicht besser und nicht schlechter sein wie der Klerus sonst im Reich. — Diese Sonderbestimmungen gegenüber Erscheinungen, die im ganzen Reich sich zeigen, gerade in Baden aufrecht zu erhalten. Ob es ein Ausnahmegesetz ist, wenn ein einzelner Stand, hier die Geistlichen, unter Sonderbestimmungen gestellt wird, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir ja auch Bestimmungen haben, die den Amtsmißbrauch der Beamten, in § 399 des Strafgesetzbuches, mit empfindlichen Strafen bedrohen; aber wir glauben, daß es nicht anständig ist, die kirchlichen Beamten, also die Geistlichen, mit den weltlichen Beamten in Parallele zu stellen. Aus dem Staate kann niemand austreten, es nützt mir nichts, wenn ich erkläre, von heute an bin ich kein Badener oder kein Angehöriger des deutschen Reiches mehr.

Wir haben berücksichtigt, daß, wenn man lediglich davon ausginge, der Geistliche habe einen besonders starken Einfluß auf seine Gemeindeangehörigen und daß, aus diesem allgemeinen Gesichtspunkt besondere Bestimmungen gerechtfertigt seien, damit gegenüber einem einzelnen Stand ein Unrecht geschehe, weil es zahlreiche Stände gibt, die an Einfluß sich mindestens den Geistlichen gleichstellen können. Ich erinnere an die Direktoren der großen Fabriken, an die Leiter der großen industriellen Unternehmungen. Jene gegenüber, die an Einfluß zum Teil vielleicht den Geistlichen noch über sich hat, man auch keine Sonderbestimmungen gemacht, obgleich die industriellen Vereinigungen an Größe, innerer Macht und Bedeutung über private Veranstaltungen hinauswachsen und obgleich auch sie öffentliche Bedeutung gewonnen haben.

Ich will übrigens damit keineswegs die Stellung festlegen, die vielleicht einmal unsere Partei eine reichsgesetzliche Regelung gegenüber einnehmen wird. Ich könnte mir ganz gut denken, daß, wenn die Vertreter der Kirche und namentlich das Zentrum im Reichstag bei Gelegenheit einer Revision des Strafgesetzbuches daran festhalten würden, daß der § 166 des Strafgesetzbuches eine privilegierte Stellung für die Einrichtungen und Gebräuche der Kirche, für die Diener der Kirche begründen solle, vielleicht unsere Partei bei einer reichsgesetzlichen Regelung sagen würde: Als Gesandte wollen wir dann diese Ausbreitungen der Kirche unter besondere Strafbestimmungen stellen.

Mit ausschlaggebend für unsere Stellung waren übrigens auch Zweckmäßigkeitsbetrachtungen. Wir haben die Überzeugung, daß diese Strafbestimmung nicht das geringste nützt. Wir sind der Auffassung, daß die Bestimmungen, ganz abgesehen von ihrer Bedenbarkeit und von der Schwierigkeit ihrer technischen Handhabung, noch niemals einen Geistlichen gehindert haben und auch niemals hindern werden seinen Amtseinfluß geltend zu machen oder auch ihn zu mißbrauchen. Das sind Dinge, die sich nicht kontrollieren lassen. Wir sind nicht der Auffassung, daß es mehr nützt, wenn der Geistliche auf der Kanzel unter ausdrücklicher Betonung seines geistlichen

Charakters eine Rede hält, als wenn er sie im Gesellenverein oder im katholischen Männerverein, oder sonst wo hält; wir sind der Ansicht, daß wir das dem Geistlichen nicht verbieten wollen und nicht verbieten können. Wir halten die Strafbestimmungen nicht nur für überflüssig, sondern wir halten sie, solange sie bestehen, für nicht wirkungsvoll; wir sind der Auffassung, daß die ganze Sache ein Schlag ins Wasser ist.

Und endlich, was uns Sozialdemokraten betrifft, so hatten wir bis gestern einen Spezialgrund, für die Aufhebung zu sein. Nach den früheren Erklärungen des Herrn Ministers des Innern mußten wir die Auffassung vertreten, daß nach der Ansicht der großen Regierung die richtige Auslegung der §§ 16b und 16c die sei, daß das Politisieren auf der Kanzel strafbar sei mit Ausnahme der politischen Reden, die gegen die Sozialdemokraten gehalten werden. Nun hat gestern der Herr Staatsminister die früheren Ausführungen des Herrn Ministers des Innern dahin richtig zu stellen gesucht, daß zwar allgemeines Predigen von Gottesfurcht und Königstreue ermahnt und erlaubt sei, daß aber das Zugunehmen zugunsten oder gegen eine bestimmte Partei unterlag sei. Damit ist der spezielle, der parteipolitische Grund, der bei uns vielleicht existiert hätte, für die Aufhebung zu sein, weggefallen. Aber trotzdem haben wir keine Veranlassung, unsere Stellungnahme in irgend einer Richtung zu ändern. Wir fürchten den Kampf mit dem Zentrum und den Geistlichen nicht. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß auf die Dauer nichts besser, nichts günstiger wirkt, als wenn die Agitation in der bei den Wahlen begangenen Weise fortgesetzt wird, weil diese das sicherste Mittel ist, um diejenigen Gläubigen, die noch in die Kirche laufen, aus der Kirche hinauszuweisen. Ein großer Teil der Arbeiter, die in unseren Reihen stehen und in unseren freien Gewerkschaften organisiert sind, die heute noch gewohnt sind, die Kirche zu besuchen, werden, wenn sie gewärtigen müssen, in der Kirche ihre heiligen Empfindungen verlegt zu sehen, aus der Kirche wegzubleiben — und damit wird ein Stück des Einflusses, den die Kirche jetzt noch hat, verloren gehen.

Ob gerade der jetzige Zeitpunkt, in dem das Reichsgericht Gelegenheit haben wird, sich über die Rechtsgiltigkeit der genannten Paragraphen des Gesetzes vom Jahre 1874 zu entscheiden, zur Einbringung des Antrags des Zentrums geeignet war, darüber will ich mich nicht verbreiten; ich will mich über diese juristische Frage nicht äußern aus dem gleichen Motiven, aus denen das von meinem Herrn Vortrager nicht geschehen ist.

Wenn wir aber der Ansicht sind, daß die Paragraphen des Kirchengesetzes abgeändert werden sollen, so sind wir trotz alledem der Auffassung, daß, solange das Gesetz besteht, es auch angewendet — und zwar rückwirklos — angewendet werden soll, und das war für uns auch ein Grund, warum wir uns dazu verstanden haben, diese sogenannten Groß-Wahl-Interpellation mit zu unterzeichnen. Wir waren überrascht darüber, daß es erst einer besonderen Aufweisung an die Staatsanwaltschaft bedurfte, um die Anwendung eines bestehenden Gesetzes zu veranlassen. Wir haben noch nie davon gehört, daß vielleicht die Staatsanwaltschaften einmal davon generell absehen, Anklage zu erheben, wenn, wie es voram, arme Frauen Köhlen im Werte von 5 Pf. stehlen und dann nachher drei Monate ins Gefängnis gesperrt werden müssen. Wir haben noch niemals davon gehört, daß dort die Staatsanwaltschaft ein oder zwei Augen zudrückt.

und daß hier erst eine besondere Anweisung an die Staatsanwaltschaft erforderlich gewesen wäre, um sie zur Anwendung des noch zu Recht bestehenden Gesetzes zu veranlassen.

Ich meine, der Herr Minister hätte etwas Besseres zu tun gehabt, als in Würdigung dieser Predigt gegen den Umsturz zu halten. Er hätte statt dessen den Arbeitern die Hand hinhalten und sagen sollen: Ich empfinde mit euch, ich weiß, was Armut ist und was es bedeutet; ich weiß, daß kein Unterschied ist zwischen demjenigen, der mit harter, schwieriger Faust schafft und dem, der auf dem Gebiete des Geistes seinen Flug führt. (Ruf von Zentrum: Seite! Und weiter?) Und weiter? Ich glaube, daß der Herr Abg. Fehrenbach schließlich auch davon geredet hat, natürlich nur in der Theorie, daß dieser junge Mann nach seiner Ernennung zum Geistlichen so rücksichtlich gewesen ist, daß er, nachdem er wegen seiner ungeschickten Wahlpredigt ein Strafverfahren bekommen hat, sogar das Gebot für die glückliche Entbindung einer Prinzessin unterlassen hat. (Heiterkeit.) Ich meine, so rücksichtlich wäre ein Arbeiter niemals. Was kann denn die unglückliche Prinzessin dafür, daß der Staatsanwalt ein Strafverfahren gegen diesen armen Mann hat einleiten müssen? Ich finde es nicht christlich, — natürlich in der Theorie, in der Dichtkunst — dieser arme junge Mann des Herrn Fehrenbach hat tun müssen!

Nun weiter. Es ist auch unterlassen worden von Seiten des Herrn Abg. Fehrenbach, mitzutheilen, daß ein Bruder dieses jungen Mannes, der plötzlich entdeckt hat, daß er nicht mehr zum Theologiestudium taugt — er war schon mitten im Unterstudium — umgefallen ist. Er ist dann Mediziner oder Jurist geworden, das weiß ich nicht genau. Während er auf der Universität war, hat er Unterstützung bekommen aus privaten und Vereinsmitteln; und wie er dann ins Amt kam und liberal geworden ist, hat man das Geld von ihm zurückverlangt; und nachdem er es zurückgefordert, hat man in den Zeitungen veröffentlicht, daß er unterstützt worden ist während seiner Universitätszeit, und man hat erzählt: „So undankbar bist du, wir haben dich während der Universitätszeit über Wasser gehalten und jetzt agitierst du gegen uns!“ Das ist auch ein Studienkapitel, über das ein Gedicht geschrieben werden könnte; es ist eine Eigentümlichkeit des Zentrums, daß frühere von ihm empfangene Wohlthaten später ans Licht gezogen werden.

Ich wiederhole also: Wir werden für Aufhebung der Kanzelparagraphen eintreten.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 12. Juni.

(96. Sitzung.)

Präsident Bickens eröffnet um 4 Uhr die Sitzung.

Fortsetzung der Kultusdebatte.

Abg. Munter (Dem.): Wir haben uns dagegen geäußert, daß die Religion zum Mittel der Agitation herangezogen wird, daß der Versuch zur Gewissensberührung gemacht werde. Die Zentrumspresse habe es so hingestellt, als ob der Staat durch diese Gesetze, die Christen zum Verhüten. Diese Behauptung ist eine bodenlose Unwahrheit und bestimmt, den nach gläubigen Botschaften das Glauben zu verunsichern. Für den Parlamentarier handelt es sich nicht um die Stellung des Einzelnen zu religiösen Fragen, sondern um die des modernen Staates, des verfassungsmäßig garantierten. Der Kulturstaat habe freie Persönlichkeiten heranzuziehen, nicht Gläubige; letzteres bleibe der Kirche überlassen. Dr. Wagem habe im Reichstag gesagt, der moderne Staat sei konfessionslos und das Zentrum accep-

das für auch kein Profit! Um nun auf das Geschäft zu kommen, so haben wir, auf den Tisch zu machen, um zu erfahren, welche Pläne die Dubians hätten.

Er hatte selber die Pläne vorgezeichnet! Mit der ersten Unterstützung des Bekannten Gottlieb Dubian war auch das Schicksal seiner vier Geschwister entschieden gewesen. Geborgtes bares Geld zurückzahlen aus der kleinen überschuldeten Bankerwirtschaft, das war dem Soldaten und den anderen Dubians unmöglich. Der erste Hundertmarkschein hatte das Leben von fünf Menschen entschieden.

Gottlieb hatte noch während seiner Militärzeit aus dem einen Hundert mehrere Hundert Mark werden lassen. Einmal hatte er den mit Rat und Tat stehenden Geschwister ein paar Taler gesandt für nötige Käufe. Später wollte er sich den Kameraden nicht als „Kaufmännischer Koffer“ zeigen; er brauchte sein Geld selber und bewies die Geschwister an seinen Geldgeber, der ihre Lage ohnehin kenne. So fiel ein Teil nach dem andern am Gute dem Manne zu, der ihr Wohlthäter war. Sogar die Jüngsten warteten sehnsüchtig wie auf den heiligen Christ auf den Tag, an dem sie sich vom Dorfleben würden freizumachen dürfen, um den anderen nachzuziehen in die Stadt. In der erloschenen goldenen Freiheit würden sie ihre bestimmbare Arbeitszeit mit gewissem Geld belohnt sehen, um am Sonntag den Herrn spielen zu können, meinten sie.

„Da werden wir zusammen schönes Geld machen; da müssen alle Puppen tanzen und der Hanswurst zweimal, wenn wir die Tasche voll Bünke heimtschleppen!“ sagte Bertha Dubian, die zukünftige Weberin, ihrem Bruder Mattheis. Alle, außer Gottlieb, schwärmten für die Fabrik. Da gab es keine Sorgen. Die Maschinen trieb der Dampf, und das Verbiente gab der „Meister“!

Sie verschlangen schon die Anzeigenspalten des städtischen Wochenblattes. Ungezähle Spinner, Wolfer und Anstrayer, Weberinnen, Spulerinnen, ihrer Brüder Mattheis, alle, außer Gottlieb, schwärmten für die Fabrik. Da gab es keine Sorgen. Die Maschinen trieb der Dampf, und das Verbiente gab der „Meister“!

Sie verschlangen schon die Anzeigenspalten des städtischen Wochenblattes. Ungezähle Spinner, Wolfer und Anstrayer, Weberinnen, Spulerinnen, ihrer Brüder Mattheis, alle, außer Gottlieb, schwärmten für die Fabrik. Da gab es keine Sorgen. Die Maschinen trieb der Dampf, und das Verbiente gab der „Meister“!

Kämpfer.

Ein Roman aus der neuen Völkerveränderung von Max Wittich.

(Fortsetzung.)

„Wo Sie meinen, daß Gottlieb mit aller Gewalt in die Stadt will?“ fragte Kobias.

„So viel ich weiß, ja. Aber vielleicht macht er aus der Not eine Tugend; wer kann das wissen! Er hat ein Darlehen von verschiedenen Hundert Mark, und seine Geschwister, eins wie das andere, haben von mir gleichfalls gepumpt. Die Gesellschaft liegt einem fortwährend auf dem Hals und sitzt seit Wochen in der Straße. Wenn sie draußen schuldenfrei gehalten hätten, vielleicht hätten sie nie daran gedacht, zu verkaufen. Ich will mal sagen, wenn der eine oder der andere hätte und was drum und dran hängt, hätte er vielleicht anders über den Fall, und seine Geschwister auch. Er könnte sie vielleicht auszahlen. Sie müßten, denk ich, hier auf Ihrem Gute eine Hilfe brauchen, Herr Tobias?“

„Ne, ne! Das brächte keinen Segen, mit dem Sie mich schaden!“ Der Herr ja sein Maul nicht auf! Und das Mädchen muß mir eine ordentliche Zeit lang aus den Augen; sonst gibt's am Ende noch ein Unheil!“

„Da muß sie gerade heiraten, erst recht! Das Mädchen ist in der Stadt, da muß man Gras darüber wachsen lassen. Ich muß doch mal bei Herrn Tobias auf den Busch klopfen; vielleicht kann man die Geschwister heute bei Gelegenheit einfadeln. Wo denn die Kinder und die Frau? Also, bei der alten Frau Tobias!“

„Er ärgert, in die Krankenstube zu treten, um seine Anna zu rufen, und auch der Bauer machte mich diese wie jede andere Krankenstube das Entschickte auf der Welt, und der Bauer hatte darin nicht hundert Worte verloren. Er betrat kein Wort das Krankenstübchen, um zu zeigen, daß er sich um sein Weib noch kümmere. Tat er das, so machte er langamen Schritt, sagte im Vorübergehen

am Bett das eine Wort: Na?, ohne eine Neugier der Kranken zu erwarren, stellte sich einige Augenblicke an das Fenster und ging wieder wie in tiefem Nachdenken von dannen.

Die Bäuerin länger und gärtlicher anzusprechen, das kam ihm zu dumm vor, auch weil er deutlich genug sah, daß ihm jedes menschliche Wesen im Hause ein freundliches Wort als Heuschreck oder als lächerliche Weichheit auslegen würde. Sie wußten, wie jegliches Ding, tot oder lebend, jede Kollie bei dem Bauer ausgespielt hatte, sobald es seinen Zweck nicht mehr erfüllte. Es war, als hielt er ein Wort, das auf eine Bewegung des Genies hätte deuten können, für die fernlegende Verwirrung eines Mannes. Und von dieser Art hatten auch seine Kinder etwas.

„Anna, kommst du?“ rief Wolff laut. In der Krankenstube wurden Stühle gerückt und mehrere Stimmen wurden vernommen.

„Grüßen Sie nochmal Karlen,“ murmelte die Bäuerin.

„Von mir auch!“ setzte Emma hinzu.

Dann rauchte Frau Wolff über die Schwelle. „Die arme alte Frau!“ sagte sie. „Pflügen Sie sie nur recht gut, damit sie das nächste Mal gesund ist!“ Tobias juckte nur die Achseln. Für ihn stand das nahe Ende seiner Frau fest. Die Ereignisse der nächsten Zeit würde er genau voraussagen; mit ihr brauchte er sich nicht mehr zu beschäftigen. Der weiteren Zukunft gehörte neben der Gegenwart sein Sinn.

„Kommen Sie gut heim!“ sagte er am Tore des Hauses zu seinem Besuch und blieb stumm, mit seinem eisernen Rädchen, stehen, bis die Räder des Wagens durch den Sand knirschten.

„Adieu, Herr Tobias, kommen Sie Sonnabend zu mir heran in der Stadt, wenn Sie auf den Markt gehen. Vielleicht gibt's was Neues!“ rief Wolff noch zurück.

Ueber die Lippen des Bauers kam keine Silbe. „Adieu!“ — „Nur der Mann aber in Gedächtnis!“ — „Nur der Mann aber in Gedächtnis!“ — „Nur der Mann aber in Gedächtnis!“

„Ja!“ antwortete ihr Gemahl. — „Der scheint auch seine Sorgen zu haben.“

Wolff hatte recht; es war das erste Mal gewesen, daß sich Tobias, Troll im Herzen, einem Menschen gegenüber zur Freundlichkeit gestungen hatte. Hier wollte der Bauer auch einmal „politisch“ handeln; Wolff konnte recht haben; vielleicht würde er helfen können. Man mußte wenigstens den Versuch machen, die Tochter bald auf gute Manier aus dem Hause zu bringen, ehe sie und die Wagn nachher zusammenstehen würden. Nachher, das hieß: nach dem Tode der Bäuerin.

Von keiner Seite war diese Erläuterung gegeben worden und doch war es Emma, als verrate ihr jeder Blick des Vaters und der Wagn den Gedanken: Nimme dich in acht; wenn erst deine Mutter nicht mehr sein wird, rechnen wir ab!

Das Gefühl der Unsicherheit siegte über Emma; es würde ihr nichts übrig bleiben, als das Haus zu verlassen.

Ursprünglich war sie vor der Möglichkeit so zurückgeschreckt, daß sie kaum zu einer klaren Erkenntnis gelangt war. Doch als sie zu bemerken meinte, wie sich alles auf den Tod der Mutter vorbereitete, verlor der Gedanke an Schrecknis.

Das Wort: „Nachher“ fiel immer öfter. Jede nötige Ausbesserung an Haus und Herd und jede neue Anschaffung wurde verschoben bis nachher. So oft sie das Wort hörte, war es Emma ein neuer Anstoß, ihre Flucht vorzubereiten.

Wolff fand in Wehlen die ganze Familie Dubian zu seinem Empfange versammelt. Die beiden Mädchen hatten ihr „Kutterage“ gepirgt, für Schinken und Rührei. Während man sich hielt Wolff Vorträge über Stadt- und Landleben. Das einzig Wahre heutzutage sei, die Knechtlichkeiten von Stadt und Land zu verbinden. In der Stadt habe alles vorwärts wie ein eingedammter Strom, einer Reihe den andern mit. In der Stadt ginge natürlich den Nationalliberalen erwartete, die das Volk zu schaffen hätten. In einer Frage, die die Straßensprecher betrafen, wurde die Nationalliberalen arbeiten dem Liberalismus in die Hand.

lers diese Entwicklung. Nun behauptet aber das Zentrum, wir wollten dem Volke die Religion nehmen und deshalb den Religionsunterricht aus der Schule verbannen. Haben denn die Kirchen so wenig Vertrauen in die werdende Kraft ihrer Sache, daß sie diese für verloren geben, wenn ihnen die Staat die Aufrechterhaltung der Religion sei Aufgabe des Herzens, des Gemütes. Als interessanteste Tatsache sei die, daß das Zentrum selbst die Religion für die Schule anerkennt, daß gegen den Reichstag dem Antrag zugestimmt, daß gegen den Willen der Erziehungsberechtigten kein Kind zur Teilnahme an einem Religionsunterricht angehalten werden könne. Damit wird die volle Weisheit der Schule zum Prinzip erhoben. Deshalb stimme seine Partei auch prinzipiell für den Antrag der Trennung von Staat und Kirche. Der offizielle Katholizismus sei gar nichts anderes als der Jesuitismus. Man habe ein Jesuitengeist der Verleitung der jesuitischen Gefahr und derselbe Staat überlasse seine Schule dem Jesuitismus. Der Staat habe zu, daß an den staatlichen Schulen die Schmeichelei nicht mehr zur Bekämpfung des Staates. Schüler von heute sei der Wähler und Gesetzgeber von morgen, der Religionslehrer von heute sei der Zentrumskandidat von morgen. Der moderne Staat trage selbst die Verantwortung mit an der zunehmenden Verfallströmung unserer Völker. Nur bei Trennung von Staat und Kirche könne der Profanunterricht von jeder äußeren und inneren kirchlichen Bevormundung befreit werden. Der Kampf gegen den Ultramontanismus sei aber auch kein Kampf gegen den Katholizismus, gegen die Religion. Im Reichstag sei das Zentrum für Glaubens- und Gewissensfreiheit eingetreten durch die Annahme des Antrags Müller. Die vereinbarte sich dies aber beispielsweise mit dem Worte des Papstes Gregor VI., der in einer bekannten Bulle erklärte, es sei eine verkehrte, unvernünftige Behauptung, daß für jeden Menschen als ein selbstiges Recht die Gewissensfreiheit bestehe. Wenn man nicht eine Reihe von Sätzen aus dem Staatslehren, dem offiziellen Zentrumsdokument, die beweisen, daß der offizielle Staat des Zentrums das gerade Gegenteil zum Profanunterricht ist. Er möchte auch an den Zentrumsantrag zur Unterrichtsreform erinnern, der eine vollständige Illustration der Gewissensfreiheit des Zentrums darstelle. In Wahrheit werde auch heute noch verlangt, daß der moderne Staat der Kirche untergeordnet sei, wie im Staatsgesetz zu lesen sei. An mehr als einer Stelle eben dieses Staatsgesetzes werde dazu aufgeführt, daß der Staat die Kirche als ein Organ der Kirche in der Erziehung zu betrachten. Redner kommt sodann auf die Empfehlung der katholischen Presse vom Hochaltar zu sprechen und bringt hier gleichfalls Beispiele vor, wie zum Beispiel das Wort eines Geistlichen in Heidelberg: wer mit seinem Geld eine liberale Zeitung besaß, der unterstützte die Feinde der Kirche. Derselbe Geistliche habe in der Kirche direkte politische Agitation getrieben und ausgerufen: Wehe denen, die einen Verein gründen, der nicht auf katholischen Boden steht. Im Reichstag habe das Zentrum freidenklichen, draußen aber rufe es die Freidenklichkeit.

Redner behauptet sodann die Angelegenheit und erklärt, daß der Reichstag die letzten Botschaften der katholischen Kirche nicht zu lesen verweigert habe. (Abg. Brühlmann rief: Das ist doch selbstverständlich! Große Heiterkeit.) Das sei der engstirnige Geist des Ultramontanismus und wenn man dann ein Studium ultramontaner Bücher vornehme, da trete dem Leser ein Bironet gekügelter Persönlichkeit entgegen, ein Unfug und Übermaß, der geradezu entsetzlich sei. Was den Gesetzesentwurf des Zentrums betreffe, so sehe er auf dem Standpunkt des Ministers, eine Frage nicht in demselben Augenblick zu entscheiden, wo dieselbe beim Reichsgericht anhängig sei. (Beifall.)

Abg. Dr. Bluz (natl.): Auch er sei kein Freund von Lehren, in denen die Gegensätze scharf aufeinanderplatzen, aber die Gegensätze seien im Volke vorhanden, die auch hier im Landtag zum Ausdruck gebracht werden müßten. Er müsse es deshalb bedauern, daß von Seiten des Staatsministers mit einem gewissen Ausdruck des Bedauerns und Mißfallens darauf hingewiesen worden sei auf die sich wieder entzündende Kulturkampfdebatte. Der Mißbrauch des geistlichen Amtes bei den Wahlen sei nicht eine Zufälligkeit, sondern der Ausfluß des ultramontanen Systems. Die traurigen Vorgänge bei den letzten Wahlen seien hervorgerufen aus dem engstirnigen konfessionellen Geiste des Ultramontanismus. Er erinnere an den Brief des bekannten Dr. Keller an ein Verhältnis, der geradezu als Standbild bezeichnet werden müsse. Das Rundschreiben Walkers habe deutlich gezeigt den Geist, den das Zentrum bei den Wahlen geleitet werde. Zur Bestätigung der Intervention in dieser Frage bringt Redner gleichfalls eine Reihe Beispiele von mißbräuchlicher Amtsausübung der Geistlichen. Die Haltung der Kurie gegenüber der wohlwollendsten Hilfe der Regierung sei dahin gegangen, zu erklären, daß sie die Erhebungen zu machen nicht in der Lage sei und daß sie dieselbe von der Regierung erwarte. Die Zentrumsfrage habe nun verändert, die katholische Volkspresse zum Kochen zu bringen, indem sie gegen die §§ 16b und c vorgegangen und dieselben als Ausnahmegesetz bezeichnet, sehr mit Unrecht, denn das Gesetz sei zur Herstellung der Gleichheit des Rechts geschaffen worden. Die Regierung habe eine korrekte Haltung eingenommen, die auch er anerkenne. Endlich wendet sich Redner gegen den Antrag auf Trennung von Staat und Kirche. Im gesunden Sinn bestehe schon die Trennung von Staat und Kirche; der § 7 des Gesetzes vom 9. Okt. 1900 sage mehr als der sozialdemokratische Antrag; die sozialdemokratische Partei werde aber nicht wollen, daß der Staat bei der Befreiung der Kirchenämter nicht mehr mitwirken solle. Unter Gesetzgebung auf diesem Gebiete sei wohl geordnet und entspreche den Verhältnissen. Wer die katholische Kirche in ihrer Organisation vollkommen unabhängig machen lasse, werde bald sehen, daß dieselbe in ihrer Wirkungslosigkeit keinen Schaden erleide, das habe auch die römische Kurie eingesehen und sich mit dem französischen Erzenzergesetz abgefunden. Was endlich die Zulassung der Wählerlisten betreffe, so sei der Standpunkt der Nationalverbände der alte und wohl bekannte. Im Interesse des Friedens sollte auch die Regierung von der für zusehenden Befugnis keinen Gebrauch machen.

Morgen 10 Uhr Fortsetzung.

Die Kulturkampfdebatte

wurde am Mittwoch durch einen Schlußantrag beendet. Genosse Dr. Frank vertrat in einer ausgezeichneten, mit viel Humor und Satire gewürzten Rede den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte das ganze Haus den Ausführungen unseres Redners, die bei der Stille großen Beifall fanden. Dann kam der Vater des Waldmichel, Abg. Dr. Schöfer. Seine Rede war unglaublich naiv. Der brillante Röde hat sich als ein überaus harmloses Schaf entpuppt. Herr Dr. Schöfer hat mit dieser Rede sich als ein Politiker entpuppt, der vielleicht in einer Versammlung des katholischen Gesellenvereins imponiert, nicht aber in der zweiten badischen Kammer. Geradezu komisch wirkt es, wenn Herr Schöfer seinen Herrn und Meister Theodor Wacker nachkommen verführt. Die Rede wurde mit gebührender Verehrtheit aufgenommen. Kurz prägnante Abg. Dietrich den Standpunkt der Konservativen und dann hielt der Zentrumskandidat Dietrich noch eine längere aber langweilige Rede gegen die Nationalverbände. Die Debatte war nach Franks Rede so abgefallen, daß das Interesse daran völlig erlahmte. Der Staatsminister replizierte mit einigen Bemerkungen gegen den Abg. Dietrich und zum Schluß prägnante Abg. Heimbürger mit

trag des Zentrums wegen Aufhebung der §§ 16b und 16c des Kirchengesetzes. Darauf wurde die Generaldebatte durch einen Schlußantrag erledigt. Heute sprechen nur noch die Vertreter der Antragsteller ihr Schlußwort.

Karlsruhe, 18. Juni.

(96. Sitzung.)

Präsident Wilkens eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister v. Dusch und Ministerialdirektor Gülich. Erster Redner ist Abg. Dr. Frank (siehe Beilage). Ihm folgte

Abg. Schöfer (Zent.): Er meint, daß der Vordränger mit größerer Sachverständigkeit über das jüdische Budget gesprochen haben würde, wenn sich seine Rede auch durch eine orientalische blütenreiche Sprache ausgezeichnet hätte. Der Vordränger habe besonders gegen die Geistlichen losgezogen, ohne sich daran zu erinnern, wie viele von dem Klerus selber Konfessionen in sozialer Beziehung gewirkt haben. Die große Kulturarbeit der Jahrhunderte in den Klöstern sei heute noch vorhanden, zu beweisen, daß die Politik der Liberalen feindselig gegen das Christentum sei. Er verwies auf die jüngsten Vorgänge in München über die Schule, bei denen in ganz direkter Weise der Kampf gegen das Christentum getrieben worden sei. Was Müller über Religion ausführt, ist doch unmöglich ernst zu nehmen. Redner geht sodann auf die einzelnen Anklagen gegen die katholischen Geistlichen ein und findet es eigentümlich, daß man nicht auch auf der anderen Seite Umschau gehalten habe. Auch die Beamtentätigkeit bei den Wahlen gebe zu einer scharfen Kritik Veranlassung. Wenn geäußert worden, so sei auf beiden Seiten bei den Wahlen dies geschehen. Redner polemisiert dann gegen eine obfuskierende Rede in Bonnrad. Mit der ganzen Entrüstung aber, der er fähig sei, weise er die Angriffe auf den Erzbischof in Freiburg zurück, wie sie von Obkircher gestern vorgebracht worden sind. Derselbe habe kein Recht, über die innere Leitung der katholischen Kirche Kritik zu üben. (Zwischenruf: Ist denn der Erzbischof auch schon unfehlbar?) Die getriggen Erklärungen des Ministers über die Ordenszulassung würden im Lande tief niederschmetternd wirken. Staatsminister v. Dusch: Unter den sechs Fällen, in denen gegen Geistliche vorgegangen worden sei, habe sich auch ein evangelischer Geistlicher befunden, so daß von Einseitigkeit nicht gesprochen werden könne. Die evangelische Kirchenbehörde habe in dieser Frage einen Erlaß nach der Befreiung eines Geistlichen herausgegeben, in dem ganz besonders betont sei, daß ein Geistlicher seine Tätigkeit nicht erteile und nicht im Sinne eines Geistlichen handle, wenn er als Parteiführer in der Gemeinde mäßiger Weise politische Agitation treibe. Er möchte nur wünschen, daß diese Auffassung bei allen Kirchenbehörden die maßgebende sei.

Abg. Dietrich (kont.) wird für die von der Kommission gestrichenen Positionen für das Freiburger Konvikt stimmen, da der Strich eine Anerkennung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche bedeute. Was die Klosterfrage betreffe, so sei seine Partei aus prinzipiellen und volkswirtschaftlichen Gründen gegen die Zulassung von Klöstern. Was die Wahlfähigkeit der Geistlichen betreffe, so solle dieselbe agitatorisch nicht übertrieben werden, doch solle man die Geistlichen in der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte nicht beschränken.

Abg. Dietrich (Zent.): Redner polemisiert gegen Müller, der mit Breisburger gegen kleine Verordnungen einzelner Geistlicher vorgegangen. Gegen die ersten gemachten Erhebungen habe sich der Klerus mit Entrüstung gewendet. Redner tadelt sodann scharf die Wahlagitator der Amtmänner Dr. Strauß und Arnberger und betont gegenüber den Angriffen auf die Geistlichen wegen der Beschränkung der kirchlichen Presse: Wenn die Geistlichen in scharfen Wahlkampf ausgetreten sind, so lägen zahlreiche Gründe vor, man müsse aber auch unterscheiden zwischen Mißbräuchen des Amtes und zwischen Laikalisierungen. 1200 Geistliche behörde die Erzbischofe und 7 Fälle seien festgestellt, darunter 3, die bestraft worden seien nicht aufgrund des gemeinen Rechts, sondern eines Ausnahmegesetzes. Es wären keine Erhebungen gemacht worden, wenn nicht das Zentrum im ersten Wahlgang einen solchen Erfolg gehabt hätte. Aus Konkurrenz habe er Zuschriften erhalten, in denen protestiert worden sei gegen die niedrige Überwachung der Geistlichen und gegen die Verletzung und Kränkung der Standesrechte derselben. Es sei weder weitbildend noch staatsmännlich, einen ganzen Stand zu brüskieren. Mit diesen Erhebungen seien aber auch die gesellschaftlichen Verhältnisse vergiftet und keiner trane dem andern mehr. Der schließliche Kampf aber werde ausgeführt zwischen dem positiven Christentum und dem Unglauben und dem Zukunftsstaat. (Heiterkeit.) Das Verhalten der Regierung komme ihm vor, wie der Paukbesitzer, der, wenn es brenne, den Schlauch auf die Spritzengegend richte. (Lachen.)

Staatsminister v. Dusch weist die Angriffe auf das Ministerium des Innern zurück; bei jeden Wahlen seien Erhebungen über auffällige Wahrnehmungen gemacht worden. Wenn Dietrich nach der Vertrauensmännern gefragt habe, so könne er nur wiederholen, daß das gesamte Material der Kurie überlassen worden sei. Die Regierung habe nichts zu verheimlichen, es scheine fast, als ob hier die Offensive die beste Defensiv sei. (Widerspruch.) Das beste wäre es allerdings gewesen, wenn das Ordinariat zur rechten Zeit vor der Agitation unter Amtserhebung gewarnt hätte.

Abg. Heimbürger (Dem.) prägniert die Stellung der demokratischen Fraktion; die Paragraphen 16b und 16c bedürften, wenn sie auch keine Ausnahmebestimmung seien, der Abänderung. Seine Fraktion werde also gegen den Antrag stimmen.

Ein Schlußantrag wird angenommen mit 39 gegen 9 Stimmen.

Nächste Sitzung Freitag 4 Uhr. Fortsetzung und Budgetberatung.

Badische Politik.

Der Zentrumsarbeiter.

1. Das Zentrum behauptet bekanntlich von sich in allerdings unwarmer Weise -, daß es die Interessen aller Bevölkerungsschichten vertritt, und demgemäß seine parlamentarischen Vertreter sich auch aus allen sozialen Schichten rekrutieren. Daß diese Behauptung eine lausliche Lüge ist, obgleich sie stets

antant. In Karlsruhe-Band machte die Opposition gegen einen offiziellen Zentrums-Kandidaten den schwarzen Drahtzieher Kopfzerbrechen und brachte die Herren schließlich in die fürchterliche Lage, einen leibhaftigen Arbeiter aufzustellen, wollten sie nicht von vornherein auf die Eroberung des Mandats verzichten. Dort hatte das Zentrum einen Demagogen allerersten Ranges in dem Bürgermeister Gäßner von Ettlingen, dem früheren Redakteur des Ettlinger „Landmann“, aufgestellt. Die Balance, mit der sich Herr Gäßner über das bei seiner Wahl zum Bürgermeister gegebene Versprechen, künftig dem politischen Kampfplatz fernzubleiben, hinwegsetzte, empörte selbst seine Anhänger, und als Herr Gäßner eine Bürgerauschussführung einberief, um sich das bekannte Vertrauensvotum erteilen zu lassen, blieben viele seiner Parteigänger fern; er erhielt ein glattes Mißtrauensvotum, indem er von der Versammlung sehr energisch an sein gegebenes Versprechen erinnert wurde.

Diese Niederlage war für das Zentrum im Karlsruhe-Kreis fürchterlich, und dabei stand „Gannibal vor den Löwen“. Geling es nicht, einen Kandidaten zu finden, so fiel der Kreis sicher den Sozialdemokraten zu. Man hielt deshalb eifrig Umschau und fand, die erste Bedingung müsse sein, daß der Kandidat im Kreise selber wohne, denn dann habe er einen Vorzug gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Apotheker Luig aus Baden-Baden. Man ließ alle Geistlichen im Kreise Reue passieren, aber es war keiner unter ihnen, der geeignet erschien, den Sieg an seine Fahne zu heften. Endlich wagte sich ein bescheidenes Männlein mit der Bemerkung hervor: wenn wir dem sozialdemokratischen Woiwode einen leibhaftigen Arbeiter entgegenstellen würden, könnten wir vielleicht noch einmal siegen; denn es würde Eindruck machen, wenn wir als die „echte und wahre Arbeiterpartei“ auftreten könnten. Buerst war man perplex über den Vorschlag; bald aber entschloß man sich, in den harten Kampf zu treten und einen Arbeiter unter die Kandidaten zum Landtag aufzunehmen. Natürlich mußte es einer sein, der keine eigene Meinung zu vertreten wagt, der keinen Ehrgeiz mehr hat, der auch immer derselben Ansicht ist, wie die auch im bürgerlichen und gesellschaftlichen Leben hochgestellten Parteigenossen. So wurde der in der Maschinenfabrik Ettlingen des Kommerzienrats W. Lorenz seit Jahren an der Eisenbahnmaschine beschäftigte Arbeiter Welsch aus Malch Kandidat und später Abgeordneter des Zentrums im Kreise Karlsruhe-Band.

Als solcher enttäuschte er seine Parteibestrebungen; denn er sah seine Aufgabe so auf, wie es von ihnen erwartet worden war: Er nahm die erste Gelegenheit beim Schopf, um seine scharfe Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie zu dokumentieren. Darauf gingen Monate ins Land, und Herr Welsch schlug auch bei solchen wichtigen, die Arbeiter direkt berührenden Fragen, wo man von ihm, als dem einzigen Arbeiter unter 28 Zentrumsabgeordneten, wenigstens eine kurze Erklärung hätte erwarten dürfen. Und als die Fabrikinspektion Mitte Mai zur Beratung stand, da mußte er reden. Er redete sehr kurz; aber etwas sagte er doch, was allgemeines Aufsehen erregte. Unter anderem meinte er nämlich:

„Ich bin nicht in der glücklichen Lage wie der Kollege Bösch, daß ich nach Schluß des Landtags wieder in mein altes Arbeitsverhältnis zurückkehre, weil ich meine Entlassung erhalten habe.“

Was, der Mann wäre gemohregelt? — so fragte man sich; aber warum um des Himmels willen? Er hatte bei zwei oder drei Gelegenheiten, wo er überhaupt das Wort zu kurzen Ausführungen ergrieff, das Unternehmertum nach seiner Richtung hin angegriffen. Man forschte nicht weiter nach; denn die Aufführung mußte ja kommen. Rag am Tag verging, aber sowohl in der Kammer, wie in den zahlreichen Zentrumsblättern des Landes schwing man in allen Sprachen. Und doch war die Welscherische Behauptung richtig. Unverküsst eingegogene Erfindungen ergaben folgendes:

Als Herr Welsch als Kandidat in Vorschlag gebracht worden war, suchte er bei seinem logenannnten Arbeitgeber, wie sich das für einen demütigen, guten Christenmenschen geziem, um die Erlaubnis nach, gegen die Sozialdemokratie kandidieren zu dürfen, und Herr Kommerzienrat Lorenz geruhte gütigst, diese Erlaubnis zu erteilen, zweifellos aus dem Grunde, um den Sieg der Sozialdemokratie in diesem Kreise zu verhindern. Daß der Herr Kommerzienrat seinem Arbeiter die Erlaubnis nicht gerade freudigen Herzens gab, bedarf keiner Erwähnung. Als nun zu Anfang der Tagung des Landtages das Zentrum seine obligate Visite bei Hof machte, kam man in der Fraktion überein, auch den „Arbeiterabgeordneten“ mit hinzunehmen, und dem „Großherzog“, mehr vielleicht noch der „Großherzogin“, als „Volkspartei“ zu imponieren, und um den hohen Herrschaften Gelegenheit zu bieten, einen Arbeiterabgeordneten zum Handfuß zuzulassen. So weit ging alles programmatisch im Sinne der Zentrums-Drahtzieher. Nun aber gefiel es der Frau Großherzogin, bei jenem Empfang dem Herrn „Arbeiterabgeordneten“ über die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen und über die in der Fabrik des Herrn Kommerzienrats Lorenz im besonderen einige Fragen zu stellen. Wahrscheinlich auf dem Umweg über den Badischen Frauenverein hat der Herr Kommerzienrat dann Kenntnis von den Aeußerungen seines Arbeiters Welsch und dem Urteil der Großherzogin über die von ihm geäußerten Mißstände erhalten; denn bald darauf wurden in der Lorenzischen Fabrik Einrichtungen getroffen, die es den Arbeitern ermöglichten, sich ihr mitgebrachtes Mittagessen zu wärmen, ohne es, wie früher, an die Schmelzofener legen zu müssen.

Zum Zusammenhang hiermit scheint auch eine abfällige Aeußerung des Direktors der Lorenzischen Fabrik über „Welschs Redelikeit bei Hofe“ zu stehen. Die Frage: Warum schlug die Zentrums-presse wegen dieser Maßregelung ihres einzigen Arbeiters im Landtag nicht Bösch? drängt sich den Unbefangenen immer wieder von neuem auf. Die Antwort darauf fließt dahin: Weil sie einerseits mit den kleinbürgerlichen Streifen in den eigenen Reihen nicht in Widerspruch kommen will, und dann vor allen Dingen, um die Fiktion von dem „loyalen Unternehmertum“ und der „Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie“, die keine Arbeiter in die Parlamente schickt, aufrecht zu erhalten. Des weiteren darf man nicht außer acht lassen, daß das ganze Zentrum, Parlamentsvertretung wie Parteipresse, doch nur zum Schein arbeiterfreundlich ist, und daß die leitenden Kreise dieser Partei in ihrer ganzen Denkweise und ihren Lebensgewohnheiten unüberwindbare Klüfte von der Arbeiterklasse trennen man noch hinzu das servile Streben

gerade dieser Kreise nach Hofesgunst und den hieraus entfliehenden Reiz dem einfachen Arbeiter gegenüber, der ihnen in diesem Falle nicht nur als ein Gleichberechtigter, sondern als ein Beherrschter erscheinen mußte, so hat man eine Erklärung für das verräterische Verhalten des Zentrums.

Die tolle Pose mit dem „Arbeiterabgeordneten“ fängt nachgerade an, Zentrumsführern und Unternehmern auf die Nerven zu schlagen. Ja, wenn es sich um einen Geisteskranken gehandelt hätte, wie wir würden sie dann die Klut geschürt und die „katholische Volkseele“ um Ueberhochen gebracht haben! Dem Herrn Lorenz wären, wäre er mit einem der konfuzierten Diener der Kirche in irgend einer Weise in ähnliche Differenzen geraten, ebenfalls die Fensterheben eingeworfen worden, wie dem Lehrer von Eichenheim. So aber ist das Opfer der Maßregelung ja „nur“ ein simpler Arbeiter, Welsch aus der Sache also viel Aufhebens machen?

Pfäffische Erziehungsmethoden

sind ja zur Genüge bekannt, kein Mittel bleibt unberührt, um sich gelehrt und folglose Schächeln zu erzeugen. Ein Beitrag wie man sich junge Leute botmäßig macht, zeigt ein Diplom oder Diplomanurkunde, wie sie der Schule entlassener Jünglinge ausgehändigt wird. Dieses ist folgendermaßen angefertigt:

O Maria segne deine Kinder!

(Dann folgt ein Marienbild.)

Diesem gliedert sich folgender Text an: „In die Marienkirche der Kongregation der Jünglinge wurde aufgenommen“

(folgt Name des Jünglings)

in der St. Peterskirche zu Buchsal, 24. Mai 1906.

Präses: Robert Strauß, St. Joseph Heibelberger.

Weißer: Robert Strauß, St. Joseph Heibelberger.

Heilige Maria, Mutter Gottes und Jungfrau (Name des Aufzunehmenden) erwähle dich heute zu meiner Beschützerin, Beschützerin und Fürsprecherin und nehme mich mit dir zu den Heiligen und weber selbst, ja etwas gegen dich zu sagen oder zu tun, noch zu lassen, daß meiner Untertanen le etwas gegen deine Ehre geschehe. Ich bitte dich daher, nimm mich an zu deinem ewigen Diener! Sieh mir bei in allen meinen Handlungen und verleihe mich nicht in der Stunde meines Todes. Amen!

Und damit glaubt man, Menschen erzieren zu können.

§ 166. Der Zementarbeiter Franz Haber Vogt aus Simeu wurde von der Strafkammer in Heidelberg auf Grund des § 166 St.G.B. zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er in einer Sitzung angelenktem Zustand den Wortlaut, eine Erklärung der katholischen Kirche, verles und veräußerte. Wieder ein Beweis für die Notwendigkeit der Aufhebung des Gotteslästerungsparagraphen.

Deutsche Politik.

Begnadigung eines Streikbrechers.

Der Gnade für würdig befunden wurde der Steinarbeiter Johann Sertl in München. Sertl ist gelegentlich der letzten Summen Unterfertigung, obwohl er große Summen Unterfertigungen aus der Organisationskasse bezog, seinen treuen Kollegen in den Rücken gefallen und hat dann gegen diese nicht weniger als sechs Angeklagte wegen eines Vergehens gegen § 153 der O.D. verurteilt mit dem Erfolg, daß die Denunzierten laut und sonderb freigesprochen wurden. Aus Anlaß hierüber verbreitete der able Arbeitswillige der Gericht, die Streikkommission habe die Gelder der Organisation veräußert und auf Kosten der Streikfasse Strafgelassen abgeholt. Die Streikkommission stellte gegen den Sertl Klage wegen Verleumdung und da er in der Verhandlung auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, wurde er vom Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Hierauf richtete er an den Prinzregenten ein Gnadengeuch. Der Regent hat den Streikbrecher der Gnade für würdig befunden und die Strafe auf 10 Mk. ermäßigt. Diese mehr als eigentümliche Begnadigung wird für gewisse christliche Rüstmeister nur ermutigend wirken. Dann werden ehrenhafte Arbeiter frech verleumdet, und winkelt man in hündischer Demut um Gnade. Eine neue Art Arbeitswilligenshüh!

Von den afrikanischen „Entschädigungen“.

In seinem Stuttgarter Deutschen Volksblatt schreibt über die Ablehnung der letzten von den deutschen Farmern in Südwestsafrika gestellten Entschädigungsansprüche der Zentrums-Abgeordneten Erzberger folgendes: „Wie kann man überhaupt mit einer Forderung von 10,5 Millionen Mark an den Reichstag zugunsten der „Farmer“ herantreten, wenn man weiß, wie die ersten 5 Millionen national liberalen Abgeordneten und reichen Weltmannen haben einen „Schaden“ von 400 000 Mark an dem Reichde Hamburger nationalliberale Großhändler und Schnapslieferanten kommen mit berelben Reichrott war, aber sehr hochstehende Aktionäre hat, und auch nahezu eine halbe Million haben. Und so weiter. Das ist das „nationale“ Interesse!“

Die württembergische Verfassungsreform.

Am Mittwoch hat die Kammer der Abgeordneten den Kommissionsantrag, der der ersten Kammer ein teilweise erweitertes Budgetrecht gewährt, mit 59 gegen 28 Stimmen angenommen; der zweite Antrag betr. Anleiheaufnahme und Kammerveräußerung wurde mit 68 gegen 19 Stimmen angenommen.

Darauf wurde die Verfassungsreform in der Schlußabstimmung mit 64 gegen 23 Stimmen angenommen. Es ist also die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Die Minderheit besteht aus dem Zentrum und den Standesherrn. Die Reform geht nunmehr in ihrer neuen Gestalt maß an die erste Kammer.

Aus der Partei.

Ordnungswort, 15. Juni. Den Parteigenossen über die Nachricht, daß sich der Wahlverein bei der am Freitag den 17. Juni stattfindenden Bahnwahlen des bayerischen Reichstages in der Wahlkreis 15a betätigt, ist deshalb Sads eines jeden Genossen, sich dazu zu finden zu wollen. Zusammenkunft mittags halb 12 bei Genosse Albers (Nöhl). Kommt!

Furtwangen, 18. Juni. Wir machen an Stelle die bayerische Arbeiterpartei auf die morgen tag Abend im Vorabstakt stattfinden Parteiversammlung aufmerksam. Da ein interessantes Thema handelt wird, sollte es kein Arbeiter verkommen. Versammlung zu besuchen. (Stich Interz.)



Stadtgarten

Freitag, den 15. Juni 1906, abends 8 Uhr

Konzert

von der gesamten Kapelle des
1. Badischen Leib-Dragoon-Regiments Nr. 20
 Leitung: Stabstrompeter Fritz Köhn.
Eintritt: (Abonnementen 20 Pf.,
 Nichtabonnementen 50 Pf.,
 Soldaten und Kinder die Hälfte.
 Programm 10 Pf.)
 Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung.
 Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. 2891

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Samstag den 16. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Auerhahn“,
 Schützenstraße 88.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Köln u. Stellungnahme zu den Beschlüssen. 2. Bekanntgabe der Tarife. 3. Verschiedenes. 2889

Achtung! Buchbinder u. verw. Berufsgenossen.

Samstag den 16. Juni, abends halb 9 Uhr, findet im Hotel
 „Goldener Adler“, Rastwälderstraße, eine

öffentliche Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
Die Aussperrungen in Berlin, Leipzig u. Stuttgart.

Referent: Kollege H. Dietrich-Stuttgart.
 Das Erscheinen aller Berufsgenossen ist Ehrensache.
 Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 26 I. Telefon 2098. Geöffnet von vormittags
 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstags und
 Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags bis 5 Uhr abends. An Feiertagen
 geschlossen.

Durlach.

Samstag den 16. Juni, abends punkt halb 9 Uhr, findet im
 Saale des Gasthauses zum Baum die folgende

Monatsversammlung

Tagesordnung:
 1. Verhandlungsangelegenheiten.
 2. Vortrag über Kartelle und Kräfte. Referent Herr Dr. Paul
 Wombert-Karlsruhe.
 Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

NB Ausstehende Mitglieder der Bibliothek sind mitzubringen. 2879

Turn-Verein Aue bei Durlach.

Am Sonntag den 17. Juni, an der Waldede an der Straße
 Karlsruhe-Wolfartsweiler
grosses Waldfest
 mit Musik, Gesang, Preisschießen und sonstiger Unterhaltung.
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Hierzu laden
 wir unsere Mitglieder sowie Freunde und Gönner mit Familie freundl. ein.

„Freie Radler“, Pforzheim.

Sonntag den 17. Juni findet unser

I. Stiftungsfest

mit Korfahrt und verschiedenen Vergnügungen im Brauhauskeller
 statt. Abends 8 Uhr Tanz.
 Morgens 9 Uhr. Bericht vom Gauvorsitzenden Kol. Vellmann u
 vom Bundesrat. Von 11 Uhr ab Frühkonzert im Lokal
 „Kauzenbach“. Es ladet höchst ein. 2867

Der Vorstand.

Furtwangen.

Samstag den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Saale zur „Vorstadt“
 große öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Nietenkampf in der Metallindustrie und die Niederlage der
 Unternehmer, seine Ursachen u. das Verhalten der Christ-
 lichen u. Sozialdemokratischen Organisationen. Referent:
 Kolb-Schramberg.
 2. Die Vertiefung unserer Lebenslage. Referent: Kollege Nau-
 haus-Stuttgart.

Freie Diskussion.

Zu dieser Versammlung laden wir die gesamte Arbeiterchaft freund-
 lichst ein mit dem Entsch. zahlreich zu erscheinen. 2892

Der Einberufer.

Freiburg.

Für den würdigen Stadteil wird auf sofort eine

Volksfreundausträgerin

gesucht. Anmeldungen bei W. Engler, Freiburg, Rheinstr. 64.

Dr. med. **Eduard Schmitt**
 Kaiserstrasse, Ecke Kreuzstrasse 8
 Ist unter 2878

Nr. 2274
 telephonisch angeschlossen.

Maschinen-Näherinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Bührer & Klumpp Schuhfabrik

Degenstr. 11

Aussergewöhnliches Angebot! Grosse Gelegenheitskäufe!

Aus grossen persönlichen Einkäufen bringe ich diese Woche folgende **sensationell billigen Gelegenheitsposten** von nur **erstklassigen Fabrikaten** und **neuesten modernsten Sachen** zum Verkauf:

Zum Aussehen solange Vorrat:

- Ein Posten engl. u. Cover-Coat-Paletots, tadelloser Sitz, elegante Façons, Wert bis **7.50**
- Ein Posten Regenpaletots, $\frac{3}{4}$ lang, garantiert wasserdicht **8.95**
- Ein Posten schwarze Jacketts, gefüttert Tuch u. Kammgarnstoffe, Wert bis **8.75**
- Ein Posten schwarze Schneider-Jacketts, anliegend, auf Seide gefüttert, hochelegant **21.—**
- Ein Posten Costumes für Reise und Strasse, Wert bis **12.—**

Ein Posten Kostümröcke in engl. und Wateryt-Stoffen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Faltenrock kariert weiss-schwarz	Faltenrock mit breiten Stoffstreifen be- setzt, kariert schwarz-weiss	Faltenrock in engl. u. Wateryt-Stoff	Faltenrock mit breiten Stoffstreifen be- setzt, Wateryt-Stoff
7.25	9.—	7.25	9.50

Taffet-Faltenröcke in schwarz **15.—** an
 Ein Posten Taffetröcke in schwarz und weiss-schwarz, hochelegante Façons, Ia Qualität **28.—**
 regulärer Wert bis **55.—**

Ein Posten **Waschblusen** in Seldenbatist elegante Sattelfaçons, reich garniert, mit Ent- **6⁹⁵**
 deux, Spitzen und Spachtel-Einsätzen, weiss u. farbig, ausgeschnitten und hochgeschlossen. . .
 Ein Posten **Waschblusen** in Seidenbatist mit Schweizerstickerei **3⁹⁵**

Ein Posten vorjährige Wasch-Kostüme und Kleider früherer Wert bis **7.50**
 Ein Posten Wollmousseline-Kleider früherer Wert bis **15.—**
 Ein Posten Waschröcke zurückgesetzte Façons **5.—**

Auf sämtliche Konfektion

25% Jackets, Paletots, Capes, Kostüme, Kinder-Regen-
 mützel, Morgenröcke, Matinées, Taffetkleider, **25%**
 Taffetboleros und Paletots, Tailenkleider, Taffet-
 röcke und Spitzencaques.
15% Waschblusen, Waschkleider, seidene Blusen, Flanell-
 blusen, Regenmützel, Staubmützel, Kostümröcke, **15%**
 Kinderjackets und Kieler Kleider.

50% Auf sämtliche Waren in der **50%**
Putzabteilung

Ein Posten **Strohüte**, garniert **75 Pfg.**
 Ein Posten **Strohüte**, ungaryert **55 Pfg.**

Die mit Preis angeführten Sachen sind in meinen Fenstern ausgestellt und verstehen sich die Preise

rein netto nur gegen Barzahlung.

Niemand versäume die nie wiederkehrende Gelegenheit.

E. Neu Nachfolger

Putz und Konfektion
 Kaiserstrasse Nr. 74.

Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe.

Samstag den 16. Juni, abends
 halb 9 Uhr, halbjährliches

Generalversammlung

in der „Eiche“. Die Tagesordnung
 wird im Lokal bekanntgegeben.
 Die Sänger versammeln sich um
 8 Uhr bei Mitglied Schaufelberger,
 zur „Platane“. Hierzu ladet die
 Ierten Mitglieder freundlichst ein.
 Der Vorstand.

NB. Das Waldfest findet nunmehr
 am 24. Juni im Hardtwald beim
 Waldwart Keller statt. D. O.

Arbeitsnachweis Durlach.

Bureau: Rathaus 3. St. Zimmer 9.
 Unentgeltl. Auskunft.
 Angeboten: Landwirtschaftl. Tag-
 arbeiter, Hilfsarbeiter, Maschinenar-
 beiter, Metzger, Bäcker, Schneider,
 Köche, Kaufmännische, Mäher, Schloffer,
 Klempner.

Gesucht: Bauhilfskräfte, Tagelöhner,
 Bauernknecht, Gärtnerlehrling, Hilfs-
 arbeiter, Putzer, Metzger, Schloffer,
 Schlosserlehrling, Schmitz, Schmied-
 lehrling, Glaserlehrling, Jungschmied,
 Wagner, Maschinenarbeiter, Webel-
 polierer, Hingorenmacher, Maler,
 Zimmerleute, Glaserlehrling, Fuhr-
 knecht, Herdenknecht, Kutscher,
 etc.

Netzwurst, harte,

zum Kochen und Backen,
 per 1/2 Kilo 85 Pf., bei 5 Kilo 75 Pf.

Salami und Cervelat-Wurst

prima schneideste Ware
 per 1/2 Kilo 1.20, bei 5 Kilo 1.10
 empfiehl 2203

Fr. W. Hauser Ww.

Erbsengrabenstrasse 21.

Pediulin,

höchstes und fähigstes Mittel gegen
 Räude. Glasche 1/2 Kilo zu haben in der
 Strauchendrogerie Hühlerburg,
 2005, 8 Hardtstrasse 21.

Die moderne Gaggenauer Gas-Spar-Kochplatten

empfehlen sich selbst durch ihre eigen-
 artige Konstruktion und große Er-
 sparnisse im Gasverbrauch. Dieselben
 sind zu haben von 6 Mk. an bei
Fernst Marx, Herdgeschäft,
 Kaiserstrasse 45.
 Beste Bedienung.

Probieren Sie bitte Krämers Waschkern - Seife

mit Uhrenzugabe 1/2 Qualität
 Erhältlich in den Kolonialwaren-
 Geschäften.

Generalvertreter: Norbert Sinsheimer

Karlsruhe, Adlerstrasse 6.

Luhns wäeschl am besten

nur gute Arbeit für nur 20 Mk.
 zu verkaufen. 2949
 Schillerstrasse 19, 4. St. recht.

Divan

Wohnung
 von 2 Zimmern, Kammer, Küche und
 sonstigem Zubehör auf 1. Juli zu
 vermieten. Adressen im Laden.

Ofen- und Herdgeschäft Ludwig Haas, Gasnermeister,

Augustastrasse 1a,
 empfiehlt sich in sämtlichen in sein
 Fach einschlagenden Arbeiten, wie
 Backen und Schmelzen, Auf-
 mauern und Reparieren von
 Öfen und Herden.

Junfer & Hüh-Cesen u. andere
 Dauerbrandöfen jeder Konstruktion
 werden unter sorgfältiger Bedienung
 gepustet und repariert.
 Neue Reparaturen werden auf das
 Beste ausgeführt. 2129

Lager von ledernem Geschir.

Werkstätte und Magazin befindet sich
 Klauprechtstrasse 25.

Wegen Wegzug

billig zu verkaufen:
 1 vollständiges Bett, 1 Nachttischchen,
 1 oberer polierter Tisch, 1 Küch-
 schrank, 1 Schrank mit Leder.
 Bahnhofstrasse 52, Stb. 1. St.

Brennholz

solche gute Feuerholz billig abgegeben
 Westendstrasse 48, Stb.